

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 12

Artikel: Eine neutrale Tschechoslowakei?
Autor: Slapnicka, Harry
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

EINE NEUTRALE TSCHECHOSLOWAKEI?

Zum Neutralitätsproblem in den tschechoslowakisch-sowjetischen Diskussionen der letzten beiden Jahre

Bei der so offenen Diskussion über innenpolitische Probleme der Re-Demokratisierung und Pressefreiheit, aber auch über eine neue selbstbewusstere Phase der tschechoslowakischen Außenpolitik hat die Frage der Neutralität bei offiziellen Stellungnahmen eher eine sekundäre Rolle gespielt. Aber auch auf bescheidene Hinweise in der Presse, ob die Tschechoslowakei nicht den Status der Neutralität anstreben solle, wurde von sowjetischer Seite aussergewöhnlich heftig reagiert.

Vorzeichen in der Novotny-Zeit

Keineswegs erst im Verlauf des Jahres 1968, sondern schon in der späten Novotny-Zeit ist das Neutralitätsproblem zur Diskussion gestellt worden. Im Zentralorgan der slowakischen KP wurde im Herbst 1967, wenn auch in der Leserspalte, zur Frage Stellung genommen: «Wäre es nicht klüger, wenn die ČSSR neutral wäre?» In der redaktionellen Antwort und Stellungnahme hiess es damals unter anderem: «Es klingt äusserst verlockend: angesichts der dauernd angespannten Weltlage, der ständigen Kriege und immer wieder neuen bewaffneten Zusammenstösse (Vietnam, Naher Osten, Aden, Cypern...) – wäre es nicht klüger und vorteilhafter, wenn unser Land, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, neutral wäre? So wie zum

Beispiel Schweden, die Schweiz oder auch Österreich?» Und hinzugefügt wurde: «Solche Ansichten werden nicht nur bei Biertisch-Unterhaltungen laut, sondern auch bei durchaus ernst zu nehmenden Diskussionen.» Dann aber heisst es: «Haben sich die Tschechen und Slowaken, die als echte Träger der nationalen Ehre für die Unabhängigkeit und Freiheit des Volkes gekämpft haben, von irgendwelchen Illusionen und Gottesfurcht leiten lassen? Niemals. Sie gingen in ihren Handlungen immer von der konkreten Bewertung der Situation aus und gingen dabei, wie die Geschichte beweist, den einzigen richtigen Weg... In einer derartigen Situation können Schweden oder die Schweiz neutral bleiben, wo die Neutralität mehr als hundertjährige Wurzeln hat und geschichtlich fundiert ist. Auch Österreich kann neutral sein – obwohl seine männliche Bevölkerung zum Grossteil in der hitlerischen Wehrmacht gegen die Sowjetunion und seine Verbündeten gekämpft hat – wo die Verankerung der Neutralität ein bedeutender Erfolg der fortschrittlichen Kräfte Österreichs und anderer demokratischer Länder der Welt ist. Die ČSSR kann jedoch in dieser Situation nicht neutral sein. Ein Staat, gegen den die unmittelbare Drohung der Weltreaktion gerichtet ist, ein Staat, der aus seinen Erfahrungen die einzigen richtigen Folgerungen bereits gezogen hat und im Interesse seiner Bürger mit den anderen

sozialistischen Staaten freundschaftliche Beziehungen und militärische Bündnisse aufrechterhält^{1.}»

«Neutralität» – kein offizielles Thema des Prager Frühlings

So sehr eine Neutralität wenige Monate später von weiten Teilen der Bevölkerung der Tschechoslowakei diskutiert und das Thema von der Presse auch gelegentlich aufgenommen wurde, so wenig gehörte die «Neutralität» zu den Forderungen oder gar Themen der Männer des Prager Frühlings. War man bei den innenpolitischen Forderungen und Plänen radikal, so blieb man in Fragen der Aussenpolitik (einschliesslich des Neutralitäts-Problems) und in militärischen Fragen – von wenigen Ausnahmen, etwa der Attacke von General Prchlik gegen den Warschauer Pakt, abgesehen – eher zurückhaltend.

In dem interessanten und längst als ungültig erklärten «Neuen Aktionsprogramm» vom 5.4.1969² ist der aussenpolitische Teil der zurückhaltendste und konservativste; der vermutlich revolutionärste Satz spricht von einer «aktiveren europäischen Politik», die Frage einer Neutralität wird hier ebensowenig angeschnitten wie in der Regierungserklärung der neuen Regierung Černík am 24.4.1969³, die eigentlich nur eine Zusatzerklärung zum Aktionsprogramm der KPC darstellt.

Unmittelbar vorher ist das Thema «Neutralität» – wenn auch negativ beurteilt – angeklungen. Knapp vor seinem Sturz befasste sich der Stellvertretende Aussenminister der ČSSR, Dr. Jan Pudlak, damit und erklärte unter anderem: «Wir wissen, dass wiederholt in der Öffentlichkeit bereits die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht besser wäre, wenn unser Land sich zur aktiven Neutralität bzw. Disengagement bekennen würde. Derartige Gedankengänge und Ansichten sind wohl darauf zurückzuführen, dass unsere Interessen und Möglichkeiten nicht verstanden werden und dass solche Überlegungen im Gegensatz zum Geist des letzten Plenums des Zentralkomitees wie auch den Auf-

fassungen über den tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus stehen. Man sucht schon wieder Vorbilder anderswo, anstatt aus unseren geschichtlichen Erfahrungen, aus unserer Lage in Mitteleuropa und unseren Lebensinteressen Lehren zu ziehen ... In keinem Fall werden wir die Position des Sozialismus aufgeben und deshalb wird unsere Aussenpolitik auch weiterhin eine sozialistische Aussenpolitik bleiben^{4...}»

Mag nun auch Pudlak kein Mann des Prager Frühlings gewesen und mag diese Erklärung nur wenige Wochen vor Pudlaks Ablösung als Stellvertretender Aussenminister erfolgt sein, der aussenpolitische Teil der Stellungnahme des Präsidiums der KPC vom 18. Juli 1968 zum Warschauer Brief der fünf kommunistischen Parteien unterscheidet sich von dieser Stellungnahme kaum. Hier heisst es unter anderem: «... es ist wohlbekannt, dass die ČSSR eine konsequente sozialistische Aussenpolitik betreibt, deren Grundsätze im Aktionsprogramm der KPC und in der Programmerklärung der Regierung formuliert wurden. Diese Dokumente, die Äusserungen der führenden tschechoslowakischen Vertreter, sowie unsere sonstigen Aktionen gehen konsequent von den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus aus, von dem Bündnis und von der Entfaltung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten^{5.}»

Harmlose Pressediskussionen

Aber nicht nur die offiziellen Stellungnahmen, auch die Kommentare der Presse zu einer aussenpolitischen Neuorientierung waren eher harmlos. Unter dem Titel «Neutralität – können wir sie uns leisten?» erklärte Jaroslav Brabec: «Die Tschechoslowakei hat es in vieler Hinsicht schwer, eine eigenständige Politik zu verfolgen... Nach meiner Meinung ist die Zeit einer grundlegenden Änderung unserer gesamten Aussenpolitik noch lange nicht reif. Das Konzept unserer Aussenpolitik beruht noch immer auf den Auswirkungen der mitteleuropäischen Situation von 1945. Ob-

wohl sich im Zentrum Europas während dieses Vierteljahrhunderts sehr viel geändert hat, blieb der Hauptgrund für die Unsicherheit – die offene deutsche Frage und damit eine ganze Reihe von unser Land betreffenden Problemen – bestehen. Gerade aus dieser Situation heraus können wir uns eine nur auf uns selbst gestellte, also eigenständige Politik, nicht leisten⁶...»

In einer ausführlichen Stellungnahme zu aussenpolitischen Fragen erklärte das KPC-Zentralorgan «Rudé právo» unter anderem: «Eine vereinzelte Stimme, die sich auf das Beispiel Finnlands und seiner aktiven Neutralität berief, war nur eine Stimme in der akademischen Diskussion. Unseren Bürgern, die sich an München erinnern, und unsere junge Generation, die sehr scharf denkt, ist es klar, dass die Tschechoslowakei auf einem anderen Breitengrad liegt, nicht in dem ruhigen Bereich des europäischen Nordens, neben dem neutralen Schweden, sondern in der Mitte Europas, wo sie an Bayern grenzt, wo die neonazistische Partei gerade im vergangenen Jahr eine Reihe von Mandaten erzielt hat⁷.»

Etwas weiter wagt sich eine aussenpolitische Stellungnahme im Mai, die allerdings auch keineswegs den Status der Neutralität für die ČSSR vorschlägt: «Ein neues System der Sicherheit in Europa kann nur in Etappen verwirklicht werden, wobei gesamteuropäische gegenüber einzelnen Interessen den Vorrang haben müssen. Aus dieser Überlegung heraus ist es für die ČSSR notwendig, eine Haltung in der deutschen Frage einzunehmen... Das Gebiet in Zentraleuropa sollte stufenweise in eine besondere Zone verwandelt werden, in der Abrüstungsmassnahmen, einschliesslich Besetzung der Atomwaffen, vorgenommen werden. Es ist notwendig, für diese Politik realistische Kreise vor allem in der Bundesrepublik zu gewinnen und sie davon zu überzeugen, dass die Überwindung der existierenden militär-politischen Blöcke in Europa in Deutschlands eigenem Interesse ist, dass in dieser Hinsicht die Interessen der mitteleuropäischen Staaten gleich sind⁸.»

Diese während des «Prager Frühlings» in engen Grenzen geführte aussenpolitische Diskussion wurde eher noch zurückhalter, als die Neutralität in der Liste jener Probleme aufschien, über die die tschechischen und slowakischen Zeitungen nicht schreiben durften, eine Liste, die den Chefredakteuren am Vorabend der Gespräche von Čierna übermittelt wurde und die rund 32 Seiten umfasste⁹.

Scharfe sowjetische Reaktion

Trotz dieser eher harmlosen – und inoffiziellen – Diskussion reagieren die Sowjets scharf, auch wenn das von ihnen herausgegebene «Weissbuch» vermutlich einen schwachen Abklatsch der sowjetischen internen Argumentation darstellt. Hier, im Weissbuch, muss man übrigens bis zu Leserzuschriften zurückgreifen: So habe «Mladá fronta» durch den Mund eines ihrer Leser verkündet: «Die Frage der Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager wurde vor 23 Jahren von alten Herren entschieden, heute aber ist die Jugend mit ihnen nicht einverstanden... Sie will Neutralität, Verzicht auf jegliche Aussenpolitik und nicht nur die Auflösung der Armee...» «In einer Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften wie auch im Rundfunk und Fernsehen ertönt immer eindringlicher der Ruf nach Freundschaft mit allen ohne Ausnahme («Pravda», Pressburg), nach einer «neutralen Politik mit Zustimmung der Grossmächte oder der UNO» («Mladá fronta»), nach einer «Normalisierung der Beziehungen zur BRD und zu Israel» ... «Europa droht keine Kriegsgefahr», predigt «Literární listy» (Nr. 12, 1968) «und demzufolge entbehrt der Ruf nach der Einheit des sozialistischen Lagers angesichts der Gefahr eines Kriegsüberfalles jeder ernsten Begründung.» «Wenn dem aber so ist, so lasst uns für die Tschechoslowakei in dieser Zeit unruhigen Welt die Rolle einer Schweiz wählen» («Mladá fronta», 8. Juli 1968).»

Weiter heisst es im «Weissbuch»: «Um eine Art Gegengewicht zum Warschauer Vertrag zu schaffen, klammerten

sich die antikommunistischen Kräfte an die ihnen aus dem Westen zugespielte Idee einer Galvanisierung der Kleinen Entente als eines regionalen Blocks sozialistischer und kapitalistischer Staaten und einer Art Puffer zwischen den Grossmächten¹⁰.»

Das Parlament zur Neutralitätsfrage

Wenn im sowjetischen Weissbuch im Zusammenhang mit der Neutralitätsfrage keine einzige massgebliche Persönlichkeit zitiert wird und man sogar zu Leserbriefen zurückgreifen muss, so war es später einem Tschechen, dem Vorsitzenden einer Betriebsparteiorganisation in Pecky, František Bedrna, vorbehalten, Dubček und Smrkovský vorzuwerfen, «den Bruch der Allianz mit der Sowjetunion und die Neutralisierung der ČSSR beabsichtigt zu haben¹¹.»

Allerdings setzte sich auch das Prager Parlament – und zwar noch vor dem August 1968 – mit der Neutralitätsfrage auseinander. Am 15. August 1968, also eine Woche vor dem Truppeneinmarsch, gab das Prager Parlament eine Erklärung ab, dass eine Neutralität für die Tschechoslowakei deshalb nicht in Frage komme, weil diese bedeutungslos sei, wenn sie nicht von der Sowjetunion garantiert werde.

Auch diese an sich harmlose Verlegenheits-Lösung musste später rückgängig gemacht werden; im November 1969 forderte der aussenpolitische Ausschuss der Volkskammer des tschechoslowakischen Parlaments, dass die Kammer die die Neutralität betreffende Erklärung vom 15. 8. 1968 annulieren müsse, weil damals die Zurückweisung der Neutralität nicht aus Gründen erfolgt sei, die «mit der kommunistischen Ideologie im Zusammenhang standen»¹².

Um die Rolle der kleinen Staaten

War also die Neutralitäts-Frage ein ausgesprochen neuralgischer Punkt bei den besonders gründlich formulierten aussenpolitischen Erklärungen, so wurde ein

«Fluchtweg» bald nicht weniger kritisch vermerkt.

Im aussenpolitischen Ausschuss der Kammer der Nationen äusserte sich im April 1969 die Vorsitzende Ing. Petronella Visnovcová, wenn auch vorsichtig verpackt, folgendermassen: «Gerade kleine Staaten schaffen durch ihre Aussenpolitik einen gewissen Stabilisierungsfaktor zwischen den Grossmächten.» Ein Jahr zuvor hat der später so verhasste Aussenminister Jiří Hájek folgendermassen formuliert: «Wir dürfen nicht vergessen, dass die Politik der Sowjetunion als sozialistische Weltmacht andere Auswirkungen mit sich bringt als jene der Tschechoslowakei, eines kleineren Staates, dem naturgemäss an Fragen Mittel- und Südosteuropas grössere Bedeutung zugemessen wird. Es wäre jedoch unrealistisch anzunehmen, dass die tschechoslowakischen Vorstellungen sofort auf vollkommenes Verständnis, Zustimmung oder Unterstützung seitens der Mehrheit der sozialistischen Länder stoßen werde¹³.»

Diese und ähnliche Formulierungen wurden bald heftigst kritisiert. Im KPČ-Zentralorgan schrieb der stellvertretende Aussenminister Antonín Kroužil: «Die Theorie von der besonderen Sendung der kleinen und mittleren Länder und die Behauptung, es bestünde ein gewisser Antagonismus zwischen ihren Interessen und jenen der Grossmächte, ignoriert den sozialpolitischen Standpunkt und stützt sich in erster Linie auf geographische Faktoren. Die Logik dieser Theorie zielt dahin ab, die europäischen sozialistischen Länder von der Sowjetunion loszureißen und sie mit den kleinen Ländern des kapitalistischen Europa zu vereinigen. Also kein Kampf für den Sozialismus, der die Vereinigung aller sozialistischen Länder erfordert, sondern Teilung der sozialistischen Länder, die gegeneinander ausgespielt werden sollen¹⁴...»

Auch Aussenminister Jan Marko griff dieses Problem im aussenpolitischen Ausschuss der Tschechoslowakischen Bundesversammlung am 11.11.1969 auf¹⁵. Dabei wandte er sich eindeutig gegen die «rechts-

gerichteten Theorien» über das Verhältnis von kleinen und grossen Mächten, Theorien, die besagten, auch im sozialistischen Lager müssten sich die kleinen Mächte enger zusammenschliessen, wenn sie sich gegen die Vorherrschaft der einen Grossmacht behaupten wollten. Solche Vorstellungen beruhten auf einer absolut negativen Einschätzung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten und auf einer bewusst falschen Darstellung der Verbindung zwischen der Sowjetunion und Osteuropa¹⁶.

¹ «Pravda» (Zentralorgan der KPS), Pressburg, 26.11.1967. – ² Aktionsprogramm der KPC, «Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus» vom 5.4.1968, abgedruckt in «Rudé právo» (Zentralorgan der KPC), Prag, 6.4.1968. – ³ «Rudé právo», Prag, 25.4.1968. – ⁴ «Pravda», Pressburg, 24.3.1968. – ⁵ CTK («Ceskoslovenská tisková kancelář»), Prag, 19.7.1968. – ⁶ «Predvoj», Wochenblatt der KPS für Politik, Kultur und Wirtschaft, Pressburg, 21.3.1968. – ⁷ «Rudé právo», Prag, 16.3.1968. – ⁸ «Rudé právo», Prag, 13.5.1968. – ⁹ Harry Slapnicka, Schwejk im Wandel, Wien 1970, S. 246. – ¹⁰ Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen, Dokumente, Presse- und Augenzeugenberichte,

Von den Erfahrungen beim ungarischen Aufstand her wusste man in Prag, dass das Problem der Neutralität einbrisantes sei, und brachte es offiziell gar nicht ins Spiel. Die relativ bescheidenen und harmlosen Stellungnahmen und Vorschläge in der Presse wurden von seiten der Sowjetunion ungewöhnlich hart zurückgewiesen. Im übrigen war es dann vor allem die sogenannte Breschnew-Doktrin, die die Diskussionen beherrschte¹⁷.

Harry Slapnicka

herausgegeben von einer Pressegruppe sowjetischer Journalisten, Moskau 1968, S. 83–85. – ¹¹ Radio Prag, 26.8.1969, abgedruckt in «Osteuropäische Rundschau», München, 10/1969, S. 30. – ¹² Associated Press (AP), 11.9.1969. – ¹³ CTK, Prag, 12.6.1968. – ¹⁴ «Rudé právo», Prag, 24.7.1969. – ¹⁵ «Rudé právo», Prag, 12.11.1969, – ¹⁶ In diesem Zusammenhang siehe auch Dietrich Möller «Der Traum von einer Donauföderation» in: Aussenpolitik, 7/1969, S. 424–431. – ¹⁷ Vgl. Boris Meissner, Die «Breschnew-Doktrin» – Das Prinzip des «proletarisch-sozialistischen Internationalismus» und die Theorie von den «verschiedenen Wegen zum Sozialismus», Köln 1969.

AMERIKA AN DER SCHWELLE DER SIEBZIGER JAHRE

Wenige Wochen nach der traditionellen State-of-the-Union-Botschaft hat Präsident Nixon dem Kongress einen aussenpolitischen Rechenschaftsbericht unterbreitet, in welchem er die weltpolitischen Ziele seiner Administration umreisst. Es handelt sich weniger um eine in die Zukunft weisende Vision der künftigen Aufgaben Washingtons auf internationalem Gebiet als um eine *subtile Analyse* der gegenwärtigen Situation. Das umfangreiche Kompendium – es umfasst über hundert Seiten – trägt die Handschrift von Nixons aussenpolitischem Berater *Professor Henry Kissinger*; es ist soweit mehr das Werk einer systematischen wissenschaftlichen Durchdringung der Materie als das Ergebnis tagespolitischer Überlegungen.

Flexible Aussenpolitik

Im Grundzug freilich entspricht diese *State-of-the-World-Message* der bisher von Nixon im Weissen Haus verfolgten Politik des *Pragmatismus*. Die Botschaft legt sich nicht auf irgendein verpflichtendes Programm fest; der Präsident will sich, wie er es im ersten Jahr seiner Amtszeit praktizierte, alle Wege und Möglichkeiten offenhalten. Washingtons Aussenpolitik wird sich unter Nixon nach den neuen Gegebenheiten richten, welche die gewandelte internationale Lage erfordert – das mag ein Gemeinplatz sein, aber es ist im Essentiellen der Gehalt der jüngsten Botschaft des Präsidenten an den Kongress.

Auf den ersten Blick ist das Wesent-